

**Übersicht über den Koalitionsvertrag zwischen
CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode
mit dem Schwerpunkt Bürgerschaftliches Engagement**



In der nachstehenden Übersichtstabelle finden sich genaue Angaben zum Auffinden der relevanten Passagen. Diese sind im Einzelnen die exakte Seiten und Zeilenangabe, den Bereich also Überschriften sowie Stichworte. Darüber hinaus sind die entsprechenden Originalpassagen eingefügt. Zum Teil sind in dieser Tabelle auch Bereiche des KV bei denen eine Mitwirkung von Bürgerschaftlichen Akteuren nicht explizit genannt wird zu finden. Hier ist jedoch zu evaluieren inwieweit ein Teilnahme / Einflussnahme sinnvoll sein kann.

Der Koalitionsvertrag inklusive Präambel ist zu finden unter:

<http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>

Zusammenstellung:

Sassan Gholiagha

kontakt@b-b-e.de

(0 30) 6 29 80-11 5

Seiten / Zeilen	Bereich und Stichworte	Original
Seite 5/132, Zeilen 25-34	Einleitung / Präambel Ehrenamtliches Engagement als Basis der Gemeinschaft	Deutschland ist ein starkes Land. Seine Stärke gründet auf dem Fleiß der Bürgerinnen und Bürger, auf der Verantwortungsbereitschaft gerade in den Familien und Lebensgemeinschaften, auf dem ehrenamtlichen Engagement, der Arbeit der christlichen Kirchen sowie der anderen Religionsgemeinschaften, auf dem Engagement der Unternehmerinnen und Unternehmer, der Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf dem Miteinander der Generationen. Daraus entsteht der Zusammenhalt der Gesellschaft.
Seite 7/132, Zeilen 149-154	Sozialer Fortschritt / Präambel Pluralismus als Stärke, Ehrenamtliches Engagement = lebendige Bürgerkultur, Ehrenamtlicher Bürger/innen = Grundlage einer freien Bürgergesellschaft. Potentiale für ehrenamtliches Engagement besser erschließen. Lebendige Zivilkultur in Deutschland	Die Stärke der Kulturnation Deutschland ist ihre Vielfalt. Ehrenamtliches Engagement ist Ausdruck einer lebendigen Bürgerkultur. Ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger sind die Grundlage einer freien Bürgergesellschaft. Wir werden die Potenziale für ehrenamtliches Engagement besser erschließen. Wir wollen eine lebendige Zivilkultur in Deutschland.
Seite 23/132, Zeilen 721-725	Verantwortung für das Unternehmen, Partnerschaft im Betrieb: Corporate Social Responsibility, Verantwortung von Unternehmen	Wir setzen uns für eine faire Verantwortungskultur in Unternehmen ein. Unternehmer, Vorstände und Aufsichtsräte stehen in voller Verantwortung zu einer Gesellschaft, die ihnen Entfaltungsmöglichkeiten und Eigentumsschutz garantiert. Freies Unternehmertum umschließt dabei Gewinnchancen – aber ebenso Risikohaftung für Fehlentscheidungen oder nicht vorhergesehene Entwicklung.
Seite 41/132, Zeilen 1626-	Verkehrssicherheit: Änderungen Straßenverkehrsgesetz zugunsten Ehrenamtlicher bei Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdiensten und THW	Wir werden das Straßenverkehrsgesetz zugunsten der bei den Freiwilligen Feuerwehren, den Rettungsdiensten und den technischen Hilfsdiensten ehren-

1628		amtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger weiter verbessern.
Seite 53/132, Zeilen 2269-2270	Faire Regeln für die Weltwirtschaft: Prüfung: Einrichtung einer Stiftung für Finanzprodukte (=Stiftung Warentest)	Wir prüfen die Einrichtung einer unabhängigen Stiftung für Finanzprodukte nach dem Muster der Stiftung Warentest.
Seite 57/132, Zeilen 2458-2463	Fachkräfte und Qualifizierung: „Zukunftsinitiative Fachkräftesicherung“ gemeinsam mit Sozialpartnern	Vor dem Hintergrund der schon bestehenden Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen und Stellen für Hochqualifizierte und der demographischen Perspektiven wird die Bundesregierung im Rahmen einer „Zukunftsinitiative Fachkräftesicherung“ vorrangig zusammen mit den ostdeutschen Ländern, Kammern und Sozialpartnern regionsspezifische Handlungsansätze zur Verbesserung des Fachkräfteangebot entwickeln.
59/132, Zeilen 2573-2578	Bildungsbündnisse vor Ort: Zivilgesellschaft als Akteur in den Bündnissen	Wir werden vor Ort Bildungsbündnisse aller relevanten Akteure – Kinder- und Jugendhilfe, Eltern, Schulen, Arbeitsförderung sowie Zivilgesellschaft – fördern, die sich mit diesem Ziel zusammenschließen. Wir werden ihre Arbeit unterstützen, indem jedes Bündnis ein Kontingent z. B. von Bildungsschecks zur Weitergabe an benachteiligte Kinder und Jugendliche erhält.
63/132, Zeilen 2747-2751	Lebensbegleitendes Lernen: Breites Bündnis inklusive Seniorenorganisationen, neue Bildungschancen und Anreize für ältere Schaffen	Gemeinsam mit starken Partnern aus Bund und Ländern, Wirtschaft und Wissenschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen sowie den Seniorenorganisationen werden wir neue Bildungschancen und –Anreize für Ältere schaffen. Wir wollen zusammen mit den Senioren in Kooperation mit Internetanbietern, Medien und Verbänden mehr Medienkompetenz vermitteln und Risiken minimieren

64/132 , Zeilen 2822-2827	Stammzellenforschung: Diskurs mit allen gesellschaftlichen Akteuren, Prüfung: Einrichtung Plattform Deutsches Stammzellennetzwerk	Die Stammzellforschung bietet besonders im Bereich der Gesundheit große Chancen. Wir wollen sicherstellen, dass in Deutschland diese Chancen wahrgenommen werden können. Zugleich erfolgt diese ethisch sensible Forschung auf dem Boden des geltenden Rechts und im Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren. Wir prüfen die Einrichtung einer Dialogplattform „Deutsches Stammzellennetzwerk“.
64-65/132, Zeilen 2829-2838	Bürgerdialog: Dialogplattformen für Bürger/innen zur Diskussion mit und über Wissenschaft / Forschung	Bürgerdialog Forschung braucht den Dialog mit der Gesellschaft. Deshalb werden wir neue Dialogplattformen einrichten, auf denen mit den Bürgerinnen und Bürgern Zukunftstechnologien und Forschungsergebnisse zur Lösung der großen globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen intensiver diskutiert werden. Insbesondere bei gesellschaftlich kontroversen Zukunftstechnologien wollen wir einen sachlichen Diskurs, der auf Toleranz aufbaut, eine realistische Abschätzung der Chancen und Risiken für den Einzelnen und die Gesellschaft ermöglichen und den erreichbaren Konsens ausloten.
67/132, Zeilen 2961- 2965	Ehe, Familie und Kinder: Bürgerschaftliches Engagement: Zusammenhalt von Generationen / Gemeinschaft	Wir wollen geeignete Rahmenbedingungen schaffen und positive Anreize dafür setzen, damit mehr Menschen Verantwortung für andere übernehmen – auch außerhalb der eigenen Familie. Bürgerschaftliches Engagement bietet Antworten auf viele Fragen nach dem Zusammenhalt der Generationen wie der gesamten Gesellschaft
67/132, Zeilen 2967- 2875	Ehe, Familie und Kinder: Hohes Engagement von Älteren und Jüngeren weiter unterstützen, generationsübergreifendes Zusammenwirken stärken	Diese Koalition will gleiche Chancen für Frauen und Männer im Beruf wie im Familienleben verwirklichen. Immer mehr Männer wünschen sich neben dem Beruf mehr Zeit für die Familie. Junge Menschen haben

		ein Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft, Stärkung und Förderung. Ziel ist auch, jeden Jugendlichen dabei zu unterstützen, einen Schulabschluss zu erreichen und eine Ausbildungsstätte zu finden. Eine wachsende Zahl älterer Menschen will bei guter Gesundheit bis ins hohe Alter aktiv bleiben. Ziel dieser Regierung ist, ihr hohes Engagement im Ehrenamt weiter zu unterstützen und in allen Bereichen generationenübergreifendes Zusammenwirken zu stärken.
70/132, Zeilen 3105-3112	Schutz vor sexueller Gewalt und Ausbeutung: Aktionsplan der Bundesregierung mit Verbänden und Institutionen des Kinder- und Jugendschutzes weiterentwickeln / Medienkompetenz stärken	Unser Ziel ist es, den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung kontinuierlich zu verbessern. Dazu werden wir den Aktionsplan der Bundesregierung gezielt weiterentwickeln. Wir wollen zusammen mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Kooperation mit Internetanbietern, Medien, Verbänden und Institutionen des Kinder- und Jugendschutzes mehr Medienkompetenz vermitteln und Risiken für sie minimieren.
70/132, Zeilen 3114-3119	Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: Frauen/Kinderschutzhäuser, Notrufnummern	Das Hilfesystem im Bereich Gewalt gegen Frauen soll im Bereich der Bundeszuständigkeit weiter gestützt werden. Dazu gehören auch die Einrichtung einer bundesweiten Notrufnummer und ein Bericht zur Lage der Frauen- und Kinderschutzhäuser und der darüber hinausgehenden Hilfeinfrastruktur.
70/132, Zeilen 3135-3143	Eigenständige Jugendpolitik: Jugendhilfe, Jugendarbeit, Teilhabe Jugendlicher, Möglichkeiten im Schnittpunkt Jugend, Kultur und Schule nutzen und qualitativ und quantitativ auszubauen.	Wir stehen für eine eigenständige Jugendpolitik, eine starke Jugendhilfe und eine starke Jugendarbeit, die junge Menschen teilhaben lässt und ihre Potentiale fördert und ausbaut. Wir wollen Jugendliche beim Übergang von Ausbildung in den Beruf besser unterstützen. Wir betonen die zentrale Bedeutung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung für die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen. Es gilt die

		neuen Möglichkeiten im Schnittfeld Jugend, Kultur und Schule zu nutzen und qualitativ und quantitativ auszubauen.
71/132, Zeilen 3153-3163	Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie: Gesellschaftspolitisches Engagement von Jugendlichen motivieren und unterstützen	Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie Die Entwicklung und Stärkung von Toleranz und Demokratie ist ein zentrales Ziel der Kinder- und Jugendpolitik. Durch ein umfassendes Unterstützungsprogramm, das stets evaluiert wird, wollen wir Kinder und Jugendliche und alle anderen Akteure vor Ort in ihrem Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Menschenwürde und Gewaltfreiheit gegen Rechts- und Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus motivieren und unterstützen. Eine besondere Verantwortung tragen hier Eltern, Kindertagesstätten, Schulen, die Einrichtungen der Jugendarbeit und die demokratischen politischen Nachwuchsverbände im Ring Politischer Jugend.
71/132, Zeilen 3165-3173	Reform Kinder- und Jugendhilfe: Prüfung, Entbürokratisierung, Schnittstellenprobleme abbauen,	Reform Kinder- und Jugendhilfe Wir werden das Kinder- und Jugendhilfesystem und seine Rechtsgrundlagen im SGB VIII auf Zielgenauigkeit und Effektivität hin überprüfen. Wir wollen frühe, schnelle und unbürokratische Hilfezugänge durch hoch qualifizierte Leistungsangebote und den Abbau von Schnittstellenproblemen zwischen der Jugendhilfe und anderen Hilfesystemen erreichen. Dies gilt insbesondere bei Frühen Hilfen und bei Hilfen für junge Menschen mit Behinderungen. Wir werden die Qualität der Kinder- und Jugendhilfe evaluieren und gegebenenfalls Standards weiterentwickeln.
73/132, Zeilen 3228-	Soziales vernetztes Wohnen für ältere Menschen: Wohnraum und Infrastruktur Alters- und Integrationsge-	Soziales vernetztes Wohnen für ältere Menschen Wir wollen Wohnraum und Infrastruktur alten-, gene-

3234	recht gestalten. Service- und Hilfeinrichtungen in Zusammenarbeit im Zivilgesellschaft	rationengerecht und wo sachgerecht integrativ gestalten und die erforderlichen Service- und Hilfestrukturen auch in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ausbauen und weiterentwickeln. Eine entsprechende Aufnahme dieser Zusammenhänge in die Ausbildung von Architekten und Ingenieuren sowie Stadtplanern streben wir an.
74/132, Zeilen 3300-3306	Männer und Jugendpolitik: Zusammenarbeit mit Väterorganisationen und gleichstellungsorientierten Männerorganisationen soll intensiviert werden.	Jungen und Männerpolitik Wir wollen eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik entwickeln und bereits bestehende Projekte für Jungen und junge Männer fortführen und intensivieren. Damit eröffnen wir ihnen auch in erzieherischen und pflegerischen Berufen erweiterte Perspektiven. Die Zusammenarbeit mit Väterorganisationen und anderen gleichstellungsorientierten Männerorganisationen soll intensiviert werden.
74/132, Zeilen 3321-3328	Integration Fördern, Chancen Nutzen: Weiterentwicklung Nationaler Integrationsplan (NIP) zu Aktionsplan weiterentwickeln: Dialog mit Migranten in institutionalisierter Form	Wir werden den Nationalen Integrationsplan (NIP) von einem integrationspolitischen Gesamtkonzept zu einem Aktionsplan mit klar definierten und zu überprüfenden Zielen weiterentwickeln. Dazu setzen wir den vertrauensvollen Dialog zwischen Staat und Gesellschaft, insbesondere den Migranten, in institutionalisierter Form – auch unter Einbeziehung des Deutschen Bundestages – fort. Wir streben die Gründung eines Bundesbeirates für Integration an. Stand und Verlauf der Integration können nur auf der Basis objektiver Daten ermittelt werden. Die erforderlichen Datengrundlagen werden wir schaffen.
75/132, Zeilen 3446-3451	Integration Fördern, Chancen Nutzen: BE von Migranten Stärken, FWD / FJS Anteile von Migranten erhöhen	Das Bürgerschaftliche Engagement von Migranten wird weiter gefördert und gestärkt. Hierzu wird der beabsichtigte qualitative und quantitative Ausbau der Jugendfreiwilligendienste beitragen. Wir wollen so-

		<p>wohl die vermehrte Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Jugendfreiwilligendiensten erreichen als auch das Ziel der Einbindung des Freiwilligen Sozialen Jahres zur Forcierung der Belange der Integration verfolgen. Mit dem Programm „Integration durch Sport“ wollen wir besonders Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund ansprechen, um sie als Teilnehmer und auch Übungsleiter zu gewinnen.</p>
<p>80-81/132, Zeilen 3578-3630</p>	<p>Ehrenamt: Ehrenamt stärken, Nationale Engagementstrategie, Zusammenarbeit mit dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation</p>	<p>6. Ehrenamt Die Förderung des Zusammenhalts ist in offenen, demokratischen Gesellschaften auch Aufgabe von Politik und Staat, denn er trägt maßgeblich zum gesellschaftlichen Klima in unserem Land bei. Millionen von Bürger machen mit ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten und ihrem bürgerschaftlichem Engagement Deutschland zu einem lebenswerten und friedfertigen Land. Gesellschaftliche Integration im Sinne einer Vermittlung von Werten und Haltungen wie Toleranz, Respekt und Rücksichtnahme durch das tägliche Miteinander in Familien, Schulen, Unternehmen, Vereinen und vielen anderen Zusammenschlüssen gleichgesinnter Menschen sorgen daneben auch für eine nachhaltige Eindämmung von Extremismus, Antisemitismus und Jugendgewalt. Notwendig ist, dass Menschen nicht von gesellschaftlicher Teilhabe und der gesellschaftlichen Wertegrundlage abgehängt werden. Wir werden mit allen zivilgesellschaftlichen Gruppen gemeinsam daran arbeiten, dass gerade Kinder und Jugendliche die Wertgrundlagen unserer Gesellschaft mit auf ihren Lebensweg nehmen.</p>

Insbesondere darf gesellschaftliche Teilhabe nicht von der finanziellen und wirtschaftlichen Haushaltslage des Einzelnen oder von Familien abhängen. Zugleich kann der Staat nicht auf die Mitwirkung und Verantwortung der Bürger für sich und ihre Familien verzichten. Wir erwarten, dass Eltern ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen. Diese gehören untrennbar zusammen. Die vielfältigen Investitionen im Engagement sind besser zu fördern, stärker zu vernetzen und vor allem denen zugänglich zu machen, die wir für bürgerschaftliches Engagement begeistern wollen. Wir wollen eine Nationale Engagementstrategie u. a. zusammen mit dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation umsetzen, ein Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verfolgen, das alle geeigneten Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und Stabilisierung von Engagement und Partizipation berücksichtigt und zur Bündelung, Abstimmung und Weiterentwicklung von Förderprogrammen ein geeignetes bundeseinheitliches Förderinstrument aufstellen. Wir werden die Qualität der Jugendfreiwilligendienste „Freiwilliges Soziales Jahr“ und „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ als Bildungsdienste nachhaltig sichern stärken. Der Kindergeldbezug in Zeiten geregelter und unregelter Jugendfreiwilligendienste wird vereinheitlicht, ein Kindergeldbezug während der Wehr- und Zivildienstzeit wird geprüft. Durch eine gemeinsame ressortübergreifende Strategie werden einheitliche und transparente Bedingungen für alle Freiwilligendienstleistenden geschaffen. Einen einheitlichen Status für Freiwilligendienstleistende im Zuge eines "Freiwilli-

		gendienststatusgesetzes" streben wir an. Wir wollen den vielfältigen ehrenamtlichen Einsatz für kulturelle Angebote und Entfaltungsmöglichkeiten nachhaltig unterstützen und für mehr Anerkennung für das Ehrenamt sorgen. Ehrenamtlich Engagierte sollen von Bürokratie und Haftungsrisiken entlastet werden. Wir wollen die Angebote für das Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur ausweiten.
81/132, Zeilen 3632-3637	Aktives Alter: BE / Ehrenamtliches Engagement von Älteren fördern / Nachbarschaftshilfe	Aktives Alter Die großen Potentiale und Kompetenzen der älteren Menschen sind eine wertvolle Ressource im demographischen Wandel. Mittelfristig wird die Entwicklung einer differenzierten, flächendeckenden Struktur der Förderung des Engagements im Alter, der Selbstorganisation und Nachbarschaftshilfe angestrebt
90/132, Zeilen 4082-4087	Menschenwürdige Hospiz- und Palliativversorgung: Wichtige Rolle von Ehrenamtlichen Tätigkeiten	Menschenwürdige Hospiz- und Palliativversorgung Die bestehenden Regelungen zur Hospiz- und Palliativversorgung müssen ohne überzogene Anforderungen zügig umgesetzt, gelebt und wo notwendig verbessert werden. Die ehrenamtlich Tätigen, ihre Anerkennung und geeignete Rahmenbedingungen spielen hierbei eine wichtige Rolle.
94/132, Zeilen 4322-4325	Geschichte und Kultur: Kulturelle Bildung stärken	Wir wollen gemeinsam mit den Ländern den Zugang zu kulturellen Angeboten unabhängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft erleichtern und die Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung verstärken; kulturelle Bildung ist auch ein Mittel der Integration.
94/132, Zeilen 4345-4349	Geschichte und Kultur: Programme gegen Rechtsextremismus sollen umgewandelt werden in Programme gegen Extremismus jeglicher Art	- die Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als „Extremismusbekämpfungsprogramme“ unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamisti-

		<p>scher Bestrebungen sowie die Erstellung eines Jahresberichts der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.</p>
99/132, Zeilen 4555-4557	<p>Leistungsfähiger Bevölkerungsschutz: Dauerhafte Unterstützung von ehrenamtlichen Kräften bei Feuerwehr, Hilfsorganisationen Rettungskräfte, THW. Vorbilder der Gesellschaft</p>	<p>Diejenigen, die sich in Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und im THW aufopfernd und unentgeltlich für die Sicherheit ihrer Mitmenschen einsetzen, müssen dauerhaft unterstützt werden. Sie sind Vorbilder unserer Gesellschaft.</p>
99-100/132, Zeilen 4565-4582	<p>Bekämpfung des politischen Extremismus: Ausweitung Anti-Rechtsextremismusprogramme auf andere Extremismusbereiche (Links, Islam), Aussteigerprogramme, Spezielle Förderung in gefährdeten Regionen</p>	<p>Bekämpfung des politischen Extremismus Gewalttätige und extremistische Formen der politischen Auseinandersetzung nehmen wir nicht hin. Extremismen jeder Art, seien es Links- oder Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Islamismus, treten wir entschlossen entgegen. Die Grundwerte der pluralen Gesellschaft, insbesondere die freie Entfaltung der Person, Meinungs-, Presse-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit, sind konstitutive Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie gilt es zu schützen und zu verteidigen. Die Ursachen von Extremismus wollen wir mit einem langfristigen Engagement und einer nachhaltigen Prävention bekämpfen. Aussteigerprogramme gegen Extremismus werden wir weiterentwickeln, ihre Finanzierung sicherstellen und dabei Schwerpunkte in gefährdeten Regionen setzen. Die Aufgabenfelder des Fonds für Opfer rechtsextremistischer Gewalt sowie des Bündnisses für Demokratie und Toleranz sollen auf jede Form extremistischer Gewalt ausgeweitet werden.</p>
101/132, Zeilen 4632-4637	<p>Informations- und Mediengesellschaft: Positive Begleitung der Veränderung durch neue Medien, Teilhabe von Zivilgesellschaftlichen Interessensgruppen</p>	<p>Wir werden unsere Politik auch daran ausrichten, die gesellschaftliche Veränderung durch Internet und neue Medien positiv zu begleiten und die Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Menschen in Deutschland zu</p>

		berücksichtigen. Dabei werden wir Innovations- und Standortpolitik, Verwaltungsmodernisierung, Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern und zivilgesellschaftlichen Interessengruppen sowie Datenschutz und Netzsicherheit in unserer Politik verbinden.
106/132, Zeilen 4878-4883	Datenschutz: Einrichtung einer Stiftung Datenschutz	Darüber hinaus werden wir eine Stiftung Datenschutz errichten, die den Auftrag hat, Produkte und Dienstleistungen auf Datenschutzfreundlichkeit zu prüfen, Bildung im Bereich des Datenschutzes zu stärken, den Selbstschutz durch Aufklärung zu verbessern und ein Datenschutzaudit zu entwickeln. Wir sind überzeugt, dass mit dieser Lösung auch der Technologiestandort Deutschland gestärkt wird, wenn datenschutzfreundliche Technik aus Deutschland mit geprüfter Qualität weltweit vertrieben werden kann
116/132, Zeilen 5875-5879	Menschenrechte schützen – Rechtsstaatlichkeit fördern: Rechtsstaatsdialog und Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft als wichtige Instrumente der Menschenrechtspolitik	Der Rechtsstaatsdialog und Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft sind wichtige Instrumente unserer Menschenrechtspolitik, deren Wirkung kontinuierlich überprüft werden muss. Ebenso kontinuierlich wird sich die Bundesregierung weltweit für Religionsfreiheit einsetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Lage christlicher Minderheiten legen.